

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Preis: Bei Abnahme in den Reichsbahnstellen 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Die Postgebühren sind im Preis enthalten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** kostet 10 Pfennig. **Fernsprecher:** Amt Wilsdruff Nr. 6. In den Reichsbahnstellen sind die Preise für den Fernsprecher angegeben. In allen anderen Fällen sind die Preise für den Fernsprecher auf Verlangen anzugeben. Die Wilsdruffer Tageblätter sind die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Rößchen.

Nr. 263. — 85. Jahrgang. Teleg.-Adr.: 'Amtsblatt' Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Mittwoch, den 10. November 1926

Krisengefahr.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es ist an und für sich gleichgültig, was der dauernden Regierungskrise zugrunde liegt; daß sich aber Vorgänge wie sie sich am Montag im Reichstag abspielten, täglich wiederholen können, ist durch die Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge als erstes Beispiel bewiesen worden.

Die parlamentarische Grundlage der Regierung ist eine Minderheit; geht die Opposition einmal zusammen, so erleidet die Regierung ohne weiteres eine Niederlage, das ist nun geschehen. Die Sozialdemokratie hatte Anträge gestellt, die in ihren finanziellen Folgen über das hinausgingen, was die Regierung zu bewilligen entschlossen war. Nun stimmten die Deutschnationalen, die ja gleichfalls in der Opposition sind, für die sozialdemokratischen Anträge; die Regierung blieb mit ihren Vorschlägen in der Minderheit. Den Zweck dieses deutschnationalen Vorgehens hat der Vorsitzende der Fraktion, Graf Westarp, in seinen Ausführungen nach der Abstimmung dargelegt: Die Rechte will eine Entscheidung, will die Regierung zwingen, sich für rechts oder links zu entscheiden. Jedes parlamentarische Mittel soll für diesen Zweck verwendet werden, eine ungewisse Stellungnahme der Regierung herbeizuführen.

Ausdrücklich hatte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die sozialdemokratischen Anträge für die Regierung nicht annehmbar seien; nach der Abstimmung hat er diese Erklärung in der Vollversammlung des Reichstages wiederholt. Das bedeutet noch keine Regierungskrise. Der Zweck des deutschnationalen Vorgehens war nicht Sturz des Kabinetts, sondern fordert eine Entscheidung über die künftige politische Haltung des Kabinetts. Man spricht auf der rechten Seite die Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie ihre Anträge gar nicht ernst meine, sie seien eingebracht, obwohl man ganz genau wisse, daß sie doch nicht angenommen würden, weil die Deutschnationalen doch gegen sie stimmen, sie zusammen mit den Regierungsparteien zu Fall bringen würden. So ist das bisher mehrfach geschehen und es bedeutet daher eine große Überraschung, als nun die Rechte für die sozialdemokratischen Anträge stimmte.

Natürlich zeigt dieses Vorgehen, daß sich die Dinge innenpolitisch zuspitzen haben. Während die Deutschnationalen auf ihrem Kölner Parteitag noch erklärt hatten, daß sie bereit seien, mit der jetzigen Regierungskoalition zu arbeiten, wenn man ihnen einen entsprechenden Einfluß einräumen würde, hat sich die Lage jetzt geändert, nachdem der Reichskanzler seine bekannte Rede in Erfurt gehalten hat. Von Verhandlungen über die Große Koalition im Reich verlautete aber nichts und die Anträge der Sozialdemokratie wurden ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet. Damit ist nun die Sozialdemokratie gleichfalls vor die Entscheidung gestellt, grundsätzlich auf derartige Anträge zu verzichten. Die Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsvertrag wird sehr bald eine zweite Probe aufs Exempel sein, da die Regierungsparteien hinsichtlich der achtstündigen Arbeitszeit ein absolutes Verbot längerer Beschäftigung ablehnen — oder dem Druck von links nachgeben müssen.

Das Ganze soll also ein parlamentarisches Mandat zur Klärung der Lage sein. Die Deutschnationalen haben betont, daß sie — trotz der Annahme der sozialdemokratischen Anträge — die darin vorgeschlagenen Sätze für die Erwerbslosenfürsorge für viel zu hoch halten. Sie glauben aber erzwungen zu haben, daß die Regierung nun entsprechende Beschlüsse fassen muß. Die Regierung steht auf einer zu schmalen Plattform. Die Notwendigkeit rückt näher, sich nach einer Verbreiterung in irgendeiner Richtung umzusehen — mit anderen Worten, die Reichsregierung braucht eine feste Mehrheit, um die Geschäfte erfpriechlich weiterzuführen zu können.

Neue Befugnisse für Mussolinis Polizei.

Amtsenthebung von Verwaltungsbeamten.

Nach italienischen Blättermeldungen ist die italienische Polizei mit neuen Machtbefugnissen ausgestattet worden. Der Ausländer wird sich auch fernerhin anmelden und sich gegebenenfalls der Polizei persönlich vorstellen müssen. Jeder, der einem Ausländer das Eigentum oder die Nutzung von Immobilien einräumt, wird verpflichtet, der Polizei hiervon Mitteilung zu machen. Die Präfekten erhalten die Befugnis, im Interesse der Sicherheit des Landes Ausländer den Aufenthalt in Gemeinden und Dörfern zu verbieten, die für die Landesverteidigung wesentlich sind. Die Präfekten sind befugt, aus den Grenzgemeinden die Ausländer auszuweisen und Versuche solcher Ausländer, die Grenze zu überschreiten, zurückzuweisen. Endlich werden die Präfekten im ganzen Lande ermächtigt, Ausländer zwangsweise an die Grenze befördern zu lassen.

Der 'Lavoro' meldet, daß eine Reihe von Präfektoren und Quästoren statt mit Faschisten besetzt werden sollen. Wie 'Giornale d'Italia' aus Turin berichtet, wurden 13 Provinzialräte von dem dortigen Prä-

Für eine Politik des Friedens und der Versöhnung

Botschafter Lindsay bei Hindenburg.

Versicherung gegenseitiger Hilfe.

Der Reichspräsident hat den neuernannten Königlich Großbritannischen Botschafter Sir Ronald Lindsay zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. An dem Empfange nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Schubert, teil. Der Botschafter hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Herr Reichspräsident! Ich bin glücklich, daß ich dazu ausgerufen worden bin, Seine Majestät in diesem großen Lande zu vertreten, und bin auch besonders glücklich darüber, daß ich meine Obliegenheiten in dem gegenwärtigen verheißungsvollen Augenblick übernehme, wo die herzlichsten Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern verheißen.

Mit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in die Bräderschaft der Nationen eröffnet sich ein neuer Abschnitt der internationalen Geschichte und wir dürfen einer Zeit ununterbrochener Versöhnung und stetig zunehmender Sicherheit entgegensehen. Es wird mein Bestreben sein, die Politik des Friedens und der Versöhnung, soweit es an mir liegt, zu fördern und ich werde mich dieser Aufgabe mit aller meiner Kraft widmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß ich während meiner Amtszeit in der Lage sein werde, mit Sympathie die weitere Entwicklung von Deutschlands Wohlfahrt zu verfolgen.

Ich kann nur hoffen, daß die nie mangelnde Gefälligkeit und der gute Wille, den Eure Excellenz, die Minister, die Beamten und die Bevölkerung des Reichs in so reichlichem Maße Lord d'Aberton haben zuante kommen lassen, auch auf mich übertragen werden möchten.

seinen ihres Amtes enthoben. Drei davon sind Kommunisten, die übrigen Sozialisten.

In den Wandelgängen der Kammer hat sich wieder ein Zwischenfall ereignet. Der faschistische Abgeordnete Stabace forderte den sozialistischen Abgeordneten Vocconi auf, das Parlament zu verlassen. Als dieser Entwendungen erhob, ohrfeigte ihn und beförderte ihn mit Gewalt aus dem Gebäude.

Die Verschwörung in Spanien.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Alexandro Ferron, der Chef der Republikanischen Partei, ist verhaftet und in das große Madrider Gefängnis zur Verhaftung des Militärgenesis gebracht worden. Seine Inhaftierung erfolgte vermutlich deshalb, weil in den letzten Tagen eine Abschrift eines Ferron zugeschriebenen Briefes zirkulierte, der nach dem baldigen Sturz der jetzigen Regierung eine jakobinische Diktatur und Strafen ankündigte. Gleichzeitig wurden die Universitätsprofessoren Girat und Martí Jara verhaftet.

Es handelt sich um ein über ganz Spanien, hauptsächlich Barcelona und Madrid, verzweigtes Komplott zum Sturz der Diktatur und Monarchie und Errichtung einer föderalistischen Republik in Spanien, als deren Präsident Blasco Ibanez genannt wird. Ferron sollte die Ministerpräsidentschaft übernehmen.

Das Arbeitszeitgesetz.

Besprechungen in der Reichskanzlei.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius, Dr. Krohne und Haslunde fand in der Reichskanzlei mit den Vertretern der deutschen Arbeitgeberverbände eine eingehende Aussprache über den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, namentlich über die Frage der Arbeitszeit, statt. Von der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß sie vor eigener Entscheidung besonderen Wert darauf legt, die überaus bedeutungsvollen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme in eingehenden Aussprachen mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Klärung näherzubringen.

Seitens der Vertreter der Wirtschaft wurde unter Betonung des Willens, zur bestmöglichen Lösung der Arbeitszeitfrage beitragen zu wollen, darauf hingewiesen, daß bei der Regelung der Arbeitszeitfrage auf die noch keineswegs geklärte allgemeine Wirtschaftslage sowie auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechende Rücksicht genommen werden müsse.

Der Reichskanzler hat die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten.

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Eurer Excellenz das Schreiben entgegenzunehmen, durch das Seine Majestät König Georg V. Sie als Königlich Großbritannischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt.

Ich bitte Sie, der Vollmacht meines aufrichtigen Dankes für die freundlichen Wünsche zu sein, die Seine Majestät für das Gedeihen Deutschlands in Seinem Handschreiben auszusprechen die Güte hatte, und Ihrem hohen Souverän zu versichern, daß ich diese Wünsche aufrichtig erwidere. Die große Aufgabe, die der Lösung immer noch harret, ist der Wiederaufbau und die dauernde Sicherung des Friedens Europas. Ich hoffe mit Ihnen, daß die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Bänderbund Etappen auf dem Wege zu diesem Ziele sein mögen und daß Ihre Erwartung auf einen neuen Abschnitt in der Geschichte sich erfüllen werde. Die Zusicherung Ihrer persönlichen Mitarbeit an diesem Werk nehme ich dankbar entgegen. Zugleich gebe ich auch der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mächte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verständnisvoll zusammenarbeiten, geleitet von dem Geiste des Entgegenkommens und der Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des nationalen und wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Völker.

Eure Excellenz wollen versichert sein, daß Sie bei mir und der Reichsregierung stets jede Unterstützung zur Förderung Ihrer Mission finden werden. Es wird uns eine Freude sein, Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem hohen Amt verbundenen Aufgaben in jeder Weise zu erleichtern.

Im Namen des Deutschen Reiches helfe ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.

Darauf schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten einige Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Griechenland für die Republik.

Ruhiger Verlauf der Wahlen.

Unter großen Sicherheitsmaßnahmen haben in ganz Griechenland Neuwahlen für die Kammer stattgefunden. Diese Wahlen stellen einen Versuch des gegenwärtig an der Spitze des Landes stehenden Generals Kondylis dar, das diktatorische Regime des von ihm gestürzten Generals Pangalos zu liquidieren und dem Land wieder eine verfassungsmäßige Regierung zu geben. Der Wahlkampf spielte sich in der Hauptsache zwischen Anhängern des Königsgebändens und Republikanern ab, ging also zu gleicher Zeit auch um die Staatsform.

Die Wahlen sind im ganzen Lande in vollkommener Ordnung und völliger Ruhe verlaufen. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Nach einer amtlichen Mitteilung hat der republikanische Block bei den Wahlen 65 Prozent aller Sitze im Parlament erobert. Die Mehrheit der Wähler hat sich also für die jetzt bestehende republikanische Staatsform ausgesprochen. Ministerpräsident Kondylis richtete an die Volksmenge eine Ansprache, in der er das griechische Volk zu dem Sieg der Republikaner beglückwünschte. 'Da wir suchten,' sagte Kondylis, 'daß dieser Kampf der endgültige und entscheidende für das Regime sein wird, hatten wir den Monarchisten jede Möglichkeit gegeben, ihre Agitation frei zu entfalten. Sie haben davon denn auch umfassenden Gebrauch gemacht. Aber jetzt, nachdem das Volk seinen Urteilspruch gefällt hat, werden wir in Zukunft nicht mehr erlauben, daß noch jemand die Frage des Regimewechsels aufwirft.' Kondylis schloß mit den Worten: 'Es wird von Ihnen abhängen, ob unser großer Führer Venizelos in das Land zurückgerufen werden soll.'

Garibaldis Geständnisse.

Neuer englisch-französischer Protest.

Die Affäre des von der französischen Polizei in Gewahram genommenen faschistischen Spitzels Garibaldi hält die französische Öffentlichkeit weiter in Spannung. Die Pariser Polizei hat Garibaldi mehreren Verhörn unterworfen und ihn dem von ihm für ein Mussolini-Attentat gedungenen Italiener Scivoli gegenübergestellt. Wie der 'Petit Parisien' mitteilt, hat Garibaldi eingestanden, 400 000 Lire erhalten zu haben, um als Agent des bisherigen italienischen Ministers des Innern in Frankreich zu wirken. Wie Garibaldi betonte, sollte er nicht Lockspieldienste tun, sondern nur dem italienischen Innenministerium Informationen zugehen lassen.

Garibaldi hat bei seinem Verhör weiter zugegeben, in der Zeit vom 14. bis 18. Oktober in Paris gewesen zu sein und mit höheren italienischen Polizeibeamten eine lange Unterredung gehabt zu haben. In dieser Besprechung wurde beschlossen, daß Scivoli nach Italien